



Rückschlag für Deeg

Der **Gesetzgebungsausschuss** hat mit Zustimmung von SVP-Abgeordneten die **Behandlung der Wobi-Reform** verschoben. Waltraud Deeg versteht die Welt nicht mehr.



Wohnbau: Verhärtete Fronten bei Planung des öffentlichen Wohnbaus

von **Heinrich Schwarz**

Es ist eine nicht enden wollende Geschichte. Jahrelang arbeitete der frühere Wohnbaulandesrat Christian Tomasini an einem neuen Gesetz für den sozialen und geförderten Wohnbau. Letztendlich war aber die SVP mit den vorgelegten Entwürfen nicht zufrieden. Seit drei Jahren führt die SVP selbst das Wohnbauressort, doch auch Landesrätin Waltraud Deeg könnte daran scheitern, innerhalb von fünf Jahren eine Reform auf die Beine zu stellen.

„Wenn ich merke, dass das schwierig ist, leide ich auch persönlich sehr darunter.“

Waltraud Deeg

Deeg erlitt gestern einen herben Rückschlag. Ihr Gesetzentwurf für den öffentlichen und sozialen Wohnbau, sprich für die Neuausrichtung des Wohnbauinstitutes, sollte im zuständigen Gesetzgebungsausschuss des Landtages behandelt werden, doch auf Antrag der Opposition und mit Zustimmung zweier SVP-Abgeordneter wurde die Debatte verschoben. Waltraud Deeg wehrte sich gegen eine Verschiebung.

Es ist die x-te Verzögerung bei der Wohnbau-Reform. Dass es jetzt auf der Zielgeraden stockt und SVP-Abgeordnete mit dazu beitragen, macht die Angelegenheit noch brisanter. Und Deeg wirkt geknickt. Die Opposition hatte bereits in den letzten Tagen heftige Kritik am Wobi-Gesetzentwurf geäußert – und zwar inhaltlich und aufgrund

der Tatsache, dass viele Entscheidungen an die Landesregierung ohne Einbeziehung des Landtages delegiert werden.

Auch die Gewerkschaften und Sozialverbände haben sich über das AFI zu Wort gemeldet: Statt ein unausgereiftes Gesetz in aller Eile



Waltraud Deeg



Brigitte Foppa



Helmut Renzler



Franz Ploner

zu verabschieden, solle man abwarten, bis im Mai die Änderungen am Raumordnungsgesetz verabschiedet sind – und in der Zwischenzeit mit den Sozialpartnern am Gesetzentwurf feilen.

Hinzu kommt, dass der Gesetzgebungsausschuss Anfang Mai eine Studienreise nach Wien antritt, um sich das dortige Vorzeigemodell im öffentlichen Wohnbau anzuschauen. Waltraud Deeg sagt: „Ich habe den Gesetzestext nach langer – auch partizipativer – Vorarbeit auf den Weg gebracht und den Ausschuss

gebeten, den Text zu behandeln. Bis zur Reise nach Wien dauert es mir zu lange. Ich möchte das Gesetz weiterbringen, weil es für die Menschen wichtig ist. Wenn ich merke, dass das schwierig ist, leide ich auch persönlich sehr darunter.“ Sie verstehe nicht, warum man

nicht endlich zur inhaltlichen Diskussion des Gesetzestextes übergehen könne, denn Austauschtreffen habe es schon jede Menge gegeben, betont die Landesrätin. Jeder im Landtag könne Kritik und Änderungsanträge einbringen. Eine Situation wie diese habe sie noch nie erlebt, sagt Deeg ratlos. Die Grüne Brigitte Foppa meint: „Der Prozess mag schon partizipativ gewesen sein, aber wenn die Gewerkschaften selbst sagen, der Text sei noch nicht ausgefeilt, gibt es einfach Handlungsbedarf. Zudem ist

es sinnvoll, sich infolge der Dienstreise nach Wien und der Änderungen am Raumordnungsgesetz ein Gesamtbild zu machen, ehe man das Wobi-Gesetz begutachtet.“

Foppa betont aber, man wolle das Gesetz auf jeden Fall vor dem Sommer im Landtag verabschieden. Der Zeitplan werde durch die Verschiebung nicht beeinträchtigt. Das erklärt auch Helmut Renzler, der gestern gemeinsam mit seinem SVP-Kollegen Franz Locher für die Verschiebung stimmte: „Der Gesetzentwurf wird Mitte Mai im Ausschuss endgültig bearbeitet und kommt auf jeden Fall auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung des Landtages. Es ist besser, zuerst die Situation in Wien und die Vorteile gegenüber unserem System anzuschauen, bevor wir den Text behandeln.“

Nichtdestotrotz will Renzler Änderungen am Gesetzentwurf. So müsse bei der Zuweisung der Sozialwohnungen auch in Bozen der Landesproporz angewandt werden, da deutschsprachige Senioren heute eher nicht zum Zug kommen würden, weil sie zu wenig Punkte erreichen. Zudem müsse für die geplanten Mischsiedlungen klar per Gesetz festgelegt werden, wie viel Prozent der Wohnungen für sozial Bedürftige und für die Mittelschicht reserviert werden.

Weil Landesrätin Waltraud Deeg gestern zur Ausschuss-Sitzung ihre zuständigen Beamten des Wohnbauressorts und Wobi mitbrachte, kam es trotz Vertagung des Gesetzentwurfes doch noch zu einer kurzen inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Text: Die Beamten erläuterten den Entwurf, gefolgt von einer Diskussion darüber. Die effektive Behandlung des Gesetzes im Ausschuss findet am 16. Mai statt. Dann wird es auch um Änderungsanträge gehen.

„Der gesunde Menschenverstand siegt“

„Die Zeit war noch nicht reif“, erklärt der Team-K-Landtagsabgeordnete Franz Ploner die Verschiebung des Wobi-Gesetzentwurfes. Die Sachverständigen der Sozialpartner seien nicht wirklich in die Ausarbeitung des Textes einbezogen worden, der zu viel dem Ermessen der Landesregierung überlasse.

Die Verschiebung sei eine kluge Entscheidung, der gesunde Menschenverstand siege, freut sich Ploner.

„Die Wobi-Reform ist immer noch eine offene Baustelle, zu viele wichtige Punkte wurden nicht klar angesprochen und bleiben unbestimmt, während man darauf wartet, dass die Landesregierung mit Durchführungsverordnungen eingreift, die den Landtag umgehen würden“, so Franz Ploner. Jetzt sei es an der Zeit, sich die Vorschläge der Opposition und der Sozialpartner anzuhören. Zudem könne die Studienreise nach Wien wichtige Anregungen für die Ausarbeitung des Gesetzes liefern.